



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Jürgen Mistol, Stephanie Schuhknecht, Ursula Sowa, Laura Weber** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Drohendes Aus für Bayerns größten geplanten Windpark im Chemiedreieck abwenden. Mehr Bürgerbeteiligung jetzt!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der Ausbau der Windenergie eine entscheidende Säule für eine sichere günstige und nachhaltige Energieversorgung und somit ein zunehmend wichtiger Standortvorteil für die bayerische Wirtschaft ist. Darüber hinaus stellt der Landtag fest, dass Bayern ein Wind-Land ist und eine hohe finanzielle Kommunal- und Bürgerbeteiligung die Akzeptanz für Windkraftprojekte erhöht.

Als Konsequenz aus dem abgelehnten Bürgerentscheid in Mehring und dem Rückschlag für den größten Windpark im Chemiedreieck, hält der Landtag eindeutige Schritte zur Stärkung eines positiven Bildes der Windkraft, eine Sicherstellung von möglichst hoher Bürgerbeteiligung und eine Beschleunigung des Ausbaus der Windkraft in Bayern für erforderlich.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, zeitnah eine Kampagne pro Windenergie zu initiieren. Diese soll verdeutlichen, wie zentral wichtig die Windkraft für die Netzstabilität, die Senkung der Stromkosten, den Klimaschutz und die Stärkung der bayerischen Wirtschaft ist und welche Potenziale sie in ganz Bayern hat.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, insbesondere der zuständige Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, die sicherstellen, wie der geplante Windpark im Altöttinger Forst realisiert, und somit ausreichend günstige, grüne Windenergie für das Chemiedreieck bereitgestellt werden kann. Dabei sollen die Menschen und Gemeinden vor Ort stärker als bislang geplant finanziell profitieren.

Die Staatsregierung, insbesondere der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Bayerischen Staatsforsten, Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger, wird weiterhin aufgefordert, sich im Aufsichtsrat dafür einzusetzen, zu der langjährigen Regelung der Kooperation der Staatsforsten mit den Kommunen zurückzukehren, um eine höhere Bürger- und Kommunalbeteiligung und somit höhere Akzeptanz aller Windkraftprojekte in den Staatsforsten zu erlangen. Direktverträge der Staatsforsten mit den Kommunen sollen wieder gängige Praxis bei Windprojekten werden.

Begründung:

Die Produktion günstigen, grünen Windstroms ist essenziell für die Energiewende und Reduktion der Abhängigkeiten von teurem Öl und Gas. Bayern ist als Wirtschaftsstandort enorm auf den schnellen Ausbau regenerativer Windenergie angewiesen. Die geringe Verfügbarkeit günstiger, grüner Energie stellt sich zunehmen als Standortnachteil für bayerische Unternehmen dar, weshalb auch die Wirtschaft den zügigen Ausbau der

Windenergie fordert. Ein klares politisches Signal pro Windenergie ist daher zwingend notwendig, um den am Boden liegenden Ausbau der Windenergie in Bayern wieder voranzubringen.

Mit dem geplanten Windpark im Altöttinger Forst soll unter anderem günstige, grüne Windenergie für das Chemiedreieck bereitgestellt werden. Allerdings ist dieses für den Wirtschaftsstandort enorm wichtige Projekt akut bedroht, unter anderem, da Windkraftgegner Aussagen von Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder aus der Vergangenheit nutzen, Bayern sei kein Wind-Land, und damit Erfolg haben. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass der Landtag klar feststellt, dass Bayern ein Wind-Land ist, in dem moderne Windräder rentabel betrieben werden können, einen essenziellen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten und eine gute Bürgerbeteiligung die Akzeptanz deutlich steigert.

Als Konsequenz aus dem verlorenen Bürgerentscheid in Mehring gilt es nun ein deutliches Zeichen zu setzen. Der Ablehnung der Windkraft gerade in Regionen mit wenig Erfahrungen mit Windrädern muss nun begegnet und konkrete Maßnahmen ergriffen werden. Flankiert werden sollen diese Maßnahmen von einer breiten Kampagne Pro-Windenergie, um auf die Vorteile und Notwendigkeit der Technologie hinzuweisen und fundierte Fakten zur Windenergie in Bayern bereitzustellen. So werden durch einen gleichmäßigen Ausbau der Windkraft in Deutschland die Netzstabilität erhöht, die sog. Redispatch-Kosten und somit Netzentgeltkosten gesenkt und die Einsatzstunden fossiler Kraftwerke deutlich gesenkt. Dieser Beitrag zum Klimaschutz und zur Senkung der Stromkosten ist neben der Verdeutlichung der guten Stromerzeugungsmöglichkeiten in ganz Bayern hervorzuheben.

Der Zusammenhang zwischen hoher Bürgerbeteiligung und Akzeptanz von Projekten ist eindeutig und vielfach belegt. Die Bayerischen Staatsforsten haben jedoch ein Vergabeverfahren gewählt, welches die Bürger- und Kommunalbeteiligung stark einschränkt. Unter anderem hat der Bayerische Gemeindetag eine höhere Beteiligung der Kommunen gefordert und kritisiert, dass das Vergabeverfahren der Staatsforsten Bürgerbeteiligungsmodellen und kommunalen Betreibern wenig Zuschlagschancen gibt. Präsident Brandl beklagt, dass die Höhe der Pachteinahmen im Vordergrund stehe und man sich hinter einem juristischen Gutachten verschanzen würde.

Die Möglichkeiten der Bayerischen Staatsforsten für eine Verbesserung der Beteiligung von Kommunen und Bürgern ist gegeben, denn der Staatsforst hat bezogen auf die Potenzialflächen Windkraft in Bayern keine marktbeherrschende Stellung. Eine Rückkehr zu der direkten Kooperation zwischen Kommunen und Staatsforsten, die über 10 Jahre erfolgreich durchgeführt wurde, ist deshalb dringend angezeigt, um die Akzeptanz der Staatsforst-Projekte bei Kommunen und Bürgerinnen und Bürgern zu steigern.